

Das Reformationsjubiläum 2017 sollte für Christen Anlass zu der Frage sein, warum die Kirchen immer noch getrennt sind. Das erklärte das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie, der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., bei seinem Besuch in Deutschland anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der griechisch-orthodoxen Metropolie in der Bundesrepublik. Er verwies auch auf die große Bedeutung des für 2016 geplanten panorthodoxen Konzils für den Dialog mit den Katholiken und den Evangelischen. Die „Heilige und Große Synode der orthodoxen Kirche“ solle die Einheit der Orthodoxie stärken sowie ihren künftigen Kurs festlegen und werde somit auch Folgen für das Kirchenleben in Deutschland haben. Ein solches gesamtorthodoxes Konzil wird erstmalig seit der Spaltung zwischen Ost- und Westkirche 1054 stattfinden.

Bartholomaios unterstrich zudem die Bedeutung der europäischen Einheit: „Europa hat zwei Möglichkeiten, es kann christlich sein oder aufhören zu existieren.“ In einer Welt, die „aus kriegerischen Auseinandersetzungen und mörderischen Plänen nicht zum Frieden“ finde und die vermehrt die Existenz Gottes leugne, sei das christliche Zeugnis besonders bedeutsam.

Mit Bundespräsident Joachim Gauck, Bundestagspräsident Norbert Lammert und Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach Bartholomaios I. auch über die eingeschränkte Religionsfreiheit in der Türkei. Die Lage sei für die Christen problematisch, habe sich aber in den vergangenen Jahren etwas gebessert. Das Kirchenoberhaupt beklagte den fehlenden Rechtsstatus des Patriarchats in der Türkei, die illegale Konfiszierung von

Christlich oder gar nicht

Bei seinem Deutschlandbesuch weckte Bartholomaios I. Hoffnungen auf eine stärkere Einheit innerhalb der Orthodoxie und zu den Katholiken.

Kirchengütern durch türkische Behörden sowie die – trotz Versprechungen von Ankara – anhaltende Schließung der bedeutenden griechisch-orthodoxen Hochschule in Chalki bei Istanbul. Wie Imame vom Staat ausgebildet, besoldet und kontrolliert würden, so müsse auch die christliche Theologie dem Staat unterstehen, verlangt die Türkei bis heute. Gleichwohl sprach sich Bartholomaios für eine Aufnahme der Türkei in die EU aus. Die Aufnahme könnte gegenseitig bereichern, weil die christlichen Werte universell und zeitlos seien, so dass auch die Türkei sie mittragen könnte. Lammert bewertete die Schließung der Hochschule in Chalki als eine „zentrale Behinderung der theologischen Ausbildung und damit der Religionsfreiheit“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich empört angesichts der Berichte über die von der türkischen Regierung geplante Rückumwandlung der Hagia Sophia in Istanbul in eine Moschee. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan will das Vorhaben wohl schon zum 29. Mai verwirklichen, dem Jahrestag der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen im Jahr 1453. Die aus dem sechsten Jahrhundert stammende Hagia Sophia, ehemalige Hauptkirche des byzantinischen Reiches, ist einer der bekanntesten und größten Kirchenbauten der Christenheit. Seit dem 15. Jahrhundert bis zur Gründung der türkischen Republik

1923 wurde sie als Moschee genutzt. Seit 1935 ist sie ein Museum. Im vergangenen Jahr wurden bereits zwei andere ehemalige Kirchen in der Türkei wieder in eine Moschee zurückverwandelt.

Zudem verurteilte Bartholomaios I. Angriffe gegen Christen in aller Welt. Zahllose Gläubige, „gleich welcher Konfession oder Nationalität“, würden heute Opfer von Verfolgungen. Auch seien viele Kirchengebäude in den letzten Jahren in Syrien und Ägypten geschändet oder zerstört worden.

Zu den innerorthodoxen Streitfragen, insbesondere mit der größten Nationalkirche in Russland, sagte Bartholomaios: „Die heutigen Bedingungen haben es mit sich gebracht, dass es nach kirchlicher Oikonomia viele Bischöfe in ein und demselben Land gibt, damit ein jeder von ihnen die Gläubigen seiner Sprache und seiner Nation betreut, was zu einer administrativen Zersplitterung der orthodoxen Kirche geführt hat, die nicht ihrem von den Vätern überlieferten kirchlichen Status entspricht, aber als eine vorübergehende pragmatische Lösung toleriert werden kann. Um ... ihre Einheit zu beweisen, benutzt die orthodoxe Kirche seit einigen Jahren mit Erfolg die Institution der Bischofskonferenzen, durch welche trotz ihrer scheinbaren Zersplitterung die Einheit der Orthodoxie in Wort und Tat, der Form und dem Inhalt nach, feierlich manifestiert wird.“ Während sich der Patriarch

beim Deutschlandbesuch mit Vertretern der katholischen und evangelischen sowie der anderen orthodoxen und altorientalischen Kirchen traf, gab es keine Begegnung mit dem russisch-orthodoxen Bischof Feofan vom Moskauer Patriarchat in Berlin.

Mit Blick auf das bevorstehende Treffen mit Papst Franziskus im Heiligen Land Ende Mai äußerte sich der Patriarch zuversichtlich hinsichtlich eines „Dialogs der Liebe“ zwischen beiden Kirchen. Der theologische Dialog zwischen katholischer und orthodoxer Kirche war 2006 nach mehrjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., nannte indes das Papstamt als hauptsächlichen Trennungsground. Nach Theophilos III. gibt es bisher zwischen lateinischer und orthodoxer Kirche keinen Konsens darüber, was Einheit der Kirche bedeutet – die Visionen fehlten schlichtweg. „Wir brauchen die Gemeinschaft im Glauben und Denken.“ Beim anstehenden Gespräch zwischen Papst Franziskus und Bartholomaios I. in Jerusalem werde „etwas Außergewöhnliches“ nicht passieren.

Bartholomaios I. ist als Ökumenischer Patriarch spirituelles Oberhaupt von rund 300 Millionen Orthodoxen weltweit. In Deutschland leben rund 1,5 Million orthodoxe Christen verschiedener Nationalitäten. Bartholomaios ist zugleich Bürger der Türkei, eines zu über neunzig Prozent muslimischen Staates, der seiner christlichen Minderheit misstraut. Von der Staatsmacht wird Bartholomaios nicht als Oberhaupt der Weltorthodoxie, sondern nur als Kirchenführer der wenigen griechisch-orthodoxen türkischen Bürger anerkannt. cs

Die Macht und die ukrainischen Kirchen

Welche Rolle spielen Kirchenleute im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland?

Die Ukrainer gelten, anders als die Russen, als sehr gläubiges Volk. Bereits zu Zeiten der Sowjetunion befanden sich mehr als die Hälfte aller damals noch geöffneten orthodoxen Kirchen des gesamten Landes in der Ukraine. Anders als in allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, wo nach dem politischen Wandel meist unabhängige nationale Kirchen gegründet wurden, verblieb in der Ukraine der größte Teil der Orthodoxie jurisdiktionell unter der Kontrolle des Moskauer Patriarchats. Ähnlich dem Flottenstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim hat Staatspräsident Wladimir Putin auf diese Weise auch religiös einen wichtigen Brückenkopf in der ukrainischen Gesellschaft.

Deshalb verwundert es nicht, dass die prorussischen Proteste in Odessa, die fünfzig Todesopfer forderten, im Mai nach einem Gottesdienst in der orthodoxen Kathedrale begonnen haben. Der Leiter der Liturgie, Erzbischof Agafangel (Sawin), gehört der ukrainischen orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats an. Er ist zugleich gewählter Abgeordneter der „Partei der Regionen“ des geflüchteten Staatspräsidenten Wiktor Janukowitsch im Regionalparlament

und gilt als der mächtigste Politiker von Odessa. Weniger bekannt ist, dass auch viele Priester der russischen orthodoxen Kirche in der Ukraine hohe politische Posten bekleiden. Sie streben schon lange nach Macht.

Der 1938 geborene Erzbischof Agafangel war durch anti-ökumenische Stellungnahmen aufgefallen. So wandte er sich gegen den Bau einer griechisch-katholischen Kirche in Odessa. Die mit Rom verbundene Glaubensgemeinschaft, die ihren Schwerpunkt in der Westukraine hat, gilt als Hauptunterstützer der Euromaidan-Bewegung.

Der prorussische ukrainische Politiker Valery Kaurov war bis zu seiner Flucht nach Moskau vor einigen Wochen ein enger Mitarbeiter von Metropolitan Agafangel, der mittlerweile selbst auch die Ukraine mit unbekanntem Ziel verlassen hat. Mit Hilfe einer Skype-Verbindung im Internet hatte sich Kaurov Anfang Mai von Moskau aus zum Präsidenten von „Neu-Russland“ ausgerufen, wie der Südosten der Ukraine in historischer Anlehnung heute wieder genannt wird. Einer der führenden Milizenführer im umkämpften Slawjansk, Sergei Nikolaevich Zhurikov, der ebenfalls ums Leben kam, war als Akolyth Bewohner des Kiewer Höhlenklosters, das zur ukrainischen orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats gehört. Auch der am 8. Mai an einem Kontrollpunkt getötete Geistliche Zhuchenko, Erzpriester

an der Kathedrale im Dorf Druzhkova in der Donezk-Region, galt als spiritueller Begleiter der prorussischen Separatisten.

Der Moskauer Patriarch Kyrill I. versucht zwar, nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Putin nach außen hin seinen Machtanspruch zu verschleiern. Er wiederholt gern die Aufforderung, die Regierung solle sich nicht in Kirchenfragen einmischen, und die Kirche solle sich aus der Politik heraushalten. Doch verfolgt er dieselbe Vision wie Putin: ein Land, eine Kirche – von geradezu imperialen Ausmaßen. Dahinter steht das Ideal einer einigen Staatskirche, wie es im 19. Jahrhundert propagiert wurde.

Im Innern der Kiewer orthodoxen Metropolie des Moskauer Patriarchats allerdings wird nach der völkerrechtswidrigen Eingliederung der Krim die Ablehnung gegenüber der Moskauer Politik stärker. Immer mehr Priester in der Ukraine erwähnen aus Protest in ihren Gebeten Patriarch Kyrill nicht mehr. Sechs der neun ständigen Mitglieder des Heiligen Synods der Ukraine sollen pro-ukrainisch eingestellt sein, ist zu hören. Metropolitan Sofronij (Dmitruk) von Tscherkassy nannte Russlands Präsidenten sogar einen „Banditen“. Während der Proteste in Kiew stellten sich die von Moskau nach der Unabhängigkeit losgelöste ukrainische orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats,

das von der Weltorthodoxie nicht anerkannt ist, sowie die griechisch-katholische Kirche mehr oder weniger deutlich auf die Seite der Opposition gegen Janukowitsch. Im Zentrum des Maidan gab es eine provisorische Kapelle. Dort wurde regelmäßig gebetet und gebeichtet. Alkohol war nicht erlaubt, und die Menschen respektierten sich. Kardinal Lubomyr Husar, der emeritierte Großerbischof der griechisch-katholischen Kirche, war der erste Kirchenführer, der auf dem Maidan eine vielbeachtete Rede hielt. Die Janukowitsch-Regierung wollte daraufhin die griechisch-katholische Kirche verbieten und schrieb einen Drohbrief, der allerdings ins Leere ging.

Als im Januar der Maidan ein erstes Mal gewaltsam geräumt wurde, flohen die Demonstranten in eine der größten Kirchen Kiews, Sankt Michael, 300 Meter vom zentralen Platz entfernt. Sie ist die Kathedrale der ukrainischen orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchen Filaret. Erst waren es Hunderte, dann Tausende, die dort Zuflucht fanden. Die Polizei respektierte den heiligen Bezirk. Nach dem Massaker auf dem Maidan am 21. Februar mit mehr als hundert Toten und der Besetzung und Annexion der Krim sowie den nachfolgenden Unruhen im Süden und Osten der Ukraine sind auch zwischenkirchlich die Spannungen erhöht. Bodo Bost